

- **Voranschlag 2016: Fortschreibung der Vergangenheit**
- **Linzer Schuldenberg engt Gestaltungsspielraum ein**
- **SPÖ-Budgetverantwortlichen fehlt Mut zur Wahrheit**
- **ÖVP fordert externen Expertenbeirat und laufendes Controlling durch Kontrollausschuss (Zusatzantrag)**

## **BUDGET ALS GRUNDLAGE FÜR POLITISCHES HANDELN**

Am kommenden Donnerstag wird der Linzer Gemeinderat über den von Finanzreferent Vbgm. Christian Forsterleitner vorgelegten Voranschlag 2016 und über die Mittelfristige Finanzplanung bis 2020 beraten und darüber abstimmen.

Der Öffentliche Haushalt kann als „Lebensnerv“ des öffentlichen Handelns bezeichnet werden. Nur ein dauerhaft ausgeglichener Gesamt-Haushalt führt zu einer Substanzwerterhaltung einer Kommune und nur ein dauerhaft ausgeglichener Gesamt-Haushalt ermöglicht es, dass die Politik auf Dauer handlungsfähig bleibt.

## **ÖVP: „MUT ZUR WAHRHEIT ALS ERSTER SCHRITT!“**

Die jüngst einberufene Pressekonferenz der SPÖ-Budgetverantwortlichen zum Voranschlag 2016 titelte: „*Positive*

*Entwicklung trotz Mehrbelastungen in Millionenhöhe - erstmals seit 2005 keine Netto-Neuverschuldung“.*

Bürgermeister Luger und Finanzreferent Forsterleitner versuchten dabei zu vermitteln, dass der verfolgte SPÖ-Budgetpfad richtig und fortzusetzen sei. Denn immerhin – so die SPÖ-Budgetverantwortlichen – gäbe es eine Reduktion der langfristigen Bankdarlehen um rund 5,2 Mio. Euro.

Verschwiegen wird in der Presseunterlage von Luger und Forsterleitner jedoch, dass die Stadt Linz auch 2016 eine Abgangsgemeinde ist. Im ordentlichen Haushalt klafft zwischen Einnahmen und Ausgaben eine Lücke von 34,1 Millionen Euro (!), die über Kassenkredite „zwischenfinanziert“ werden muss. Für dieses Budgetloch im ordentlichen Haushalt darf die Stadt Linz aus budgetrechtlichen Gründen keine mittel- und langfristigen Darlehen aufnehmen, sondern muss diese Lücke über Kassenkredite mit der Laufzeit von einigen Wochen und Monaten immer wieder neu finanzieren. Die Notwendigkeit sich über kurzfristige Kassenkredite finanzieren zu müssen ist eine finanzielle Not- und Ausnahmesituation, in der sich die Stadt Linz seit einigen Jahren als Abgangsgemeinde befindet. Bislang (d.h. bis Ende 2015) hat sich ein Berg von 97,4 Millionen Euro an Kassenkrediten angesammelt, welcher sich im Laufe des Jahres 2016 – wie beschrieben – um weitere 34,1 Millionen Euro erhöhen wird. Somit wird sich der Stand der (eigentlich kurzfristig gedachten) Kassenkredite mit Ende des Jahres 2016 auf 131,5 Millionen Euro (!) erhöht haben!

Kann man dabei von einer „positiven Entwicklung“ sprechen?  
Warum vermitteln die SPÖ-Verantwortlichen angesichts des Faktums des sich immer mehr erhöhenden finanzwirtschaftlichen Drucks das Bild, man „solle den eingeschlagenen Kurs der vergangenen Jahre halten“?

Aus Sicht der ÖVP Linz ist der erste Schritt für die dringend notwendige Budgetkonsolidierung der Mut zur Wahrheit. Auch wenn die Wahrheit vielleicht weh tut, so ist sie doch immer noch die bessere Alternative. Dieser erforderliche Mut fehlt den SPÖ-Budgetverantwortlichen in der Stadt Linz offensichtlich nach wie vor!

## **LINZER SCHULDENPOLITIK SETZT SICH FORT**

Was die Planungen für das kommende Jahr betrifft, so ist es dem Finanzreferenten, Vbgm. Forsterleitner, wieder nicht gelungen, die Verschuldungspolitik zu stoppen. Dies einerseits aufgrund externer Effekte aus der Steuerreform bzw. beispielsweise aufgrund hoher Dynamiken bei den Sozialausgaben (wie der Bedarfsorientierten Mindestsicherung). Andererseits jedoch eindeutig auch – und das verschweigt die SPÖ – aufgrund der gewaltigen Lasten des Linzer Schuldenberges. Dieses Budget ist also die Fortschreibung der Vergangenheit.

Den 34,1 Millionen Euro neuer Kassenkredite steht eine Reduktion der mittel- und langfristigen Darlehen von 5,2 Millionen Euro gegenüber, sodass unterm Strich im Voranschlag 2016 eine Budgetlücke von 28,9 Millionen Euro klafft.

#### Über 1,5 Milliarden Euro Schulden für den Linzer Steuerzahler:

Ende 2016 hat die Stadt Linz 778,1 Millionen Euro Schulden in Form von Darlehen und Anleihen. Dazu kommt eine „Kontoüberziehung“ von weiteren 131,5 Millionen Euro für die ungedeckte Abgänge im ordentlichen Haushalt der letzten Jahre, für die keine normalen Kredite mehr aufgenommen werden dürfen.

Mit den Schulden der Immobiliengesellschaft und der Seniorenzentren, den außerbudgetäre Schulden für Sonderfinanzierungen, Leasing, offene Annuitätenzuschüsse und weiteren Kassenkrediten für Zwischenfinanzierungen hat die Stadt Linz Schulden von über 1,5 Milliarden Euro, für die der Linzer Steuerzahler nicht nur die jährliche Rückzahlung, sondern auch einen Zinsendienst von rund 30 Millionen Euro jährlich zu tragen hat

Bei allen Problemen dürfen aber auch die Stärken des Linzer Budgets nicht übersehen werden – und die liegen auf der Einnahmenseite. Die starke Linzer Wirtschaft macht Linz zu einer der steuerreichsten Städte Österreichs. Bei der Kommunalsteuer pro Einwohner (3 Prozent der Lohnsumme der

Linzer Arbeitsplätze) liegt Linz um 50 Prozent über dem Einnahmenniveau der vergleichbaren Städte und hat mehr als doppelt so hohe Einnahmen wie der Durchschnitt aller österreichischen Städte und Gemeinden. Mit 140,8 Millionen Euro trägt die Kommunalsteuer den größten Anteil zu den eigenen Steuern von insgesamt 186,8 Millionen Euro bei. Gemeinsam mit Bundesabgaben-Ertragsanteilen von 249,0 Millionen Euro kommt Linz auf Steuereinnahmen von 435,8 Millionen Euro. Das sind trotz schwacher Konjunkturlage um 8,9 Millionen Euro mehr an Steuereinnahmen als noch im Voranschlag 2015 budgetiert wurde.

### **30 MILLIONEN EURO ZINSBELASTUNG!**

2010 zahlte die Stadt Linz nur für die Schulden aus Darlehen und Anleihen 7,4 Millionen Euro Zinsen. Für 2016 sind im Voranschlag – unter der Annahme eines weitgehend unverändert niedrigen Zinsniveaus – 17,2 Millionen Euro Zinsen für Finanzschulden ausgewiesen. Nicht eingerechnet sind dabei 2,2 Millionen Euro „Sonstigen Zinsen“ für die Kassenkredite und Derivate.

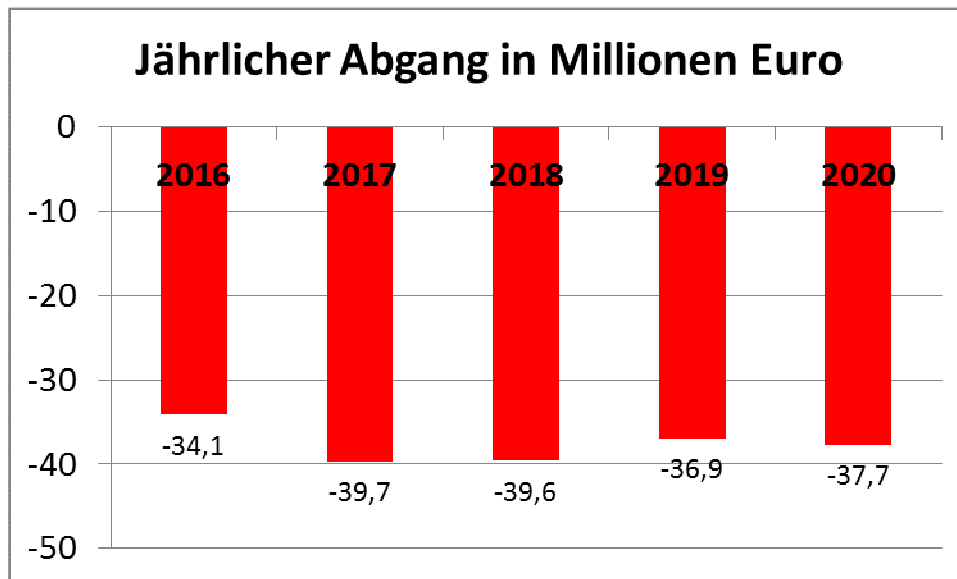
Laut Mittelfristiger Finanzplanung wird mit einem weiteren Anstieg bei den Zinsen für die städtischen Finanzschulden gerechnet, nämlich bis zum Jahr 2020 auf rund 21,1 Millionen Euro (exklusive Zinsen für die Kassenkredite).

Rechnet man auch die Zinsen für die ausgelagerten Schulden und für die außerbudgetären Finanzierungen dazu, erhöhen sich die mit 17,2 Millionen Euro ausgewiesenen Zinsen auf insgesamt rund 30 Millionen Euro an Zinsen und Finanzierungskosten. Diese weiteren Zinsen sind zum Beispiel in Transferzahlungen enthalten und belasten so das städtische Budget. Bei einem Schuldenstand von 1,5 Milliarden entspricht dies einer durchschnittlichen Verzinsung von 2,0 Prozent.

Auf der einen Seite versucht die Stadt Linz im kommenden Jahr durch Immobilienverkäufe in der Höhe von 26,1 Millionen Euro etwas Spielraum im Budget zu schaffen, auf der anderen Seite gibt die Stadt Linz mehr für Zinszahlungen aus, als sie durch Vermögensverkäufe zur Budgetsanierung beisteuern kann. Das zeigt das Dilemma, in dem die Stadt Linz durch den hohen Schuldenberg gefangen ist.

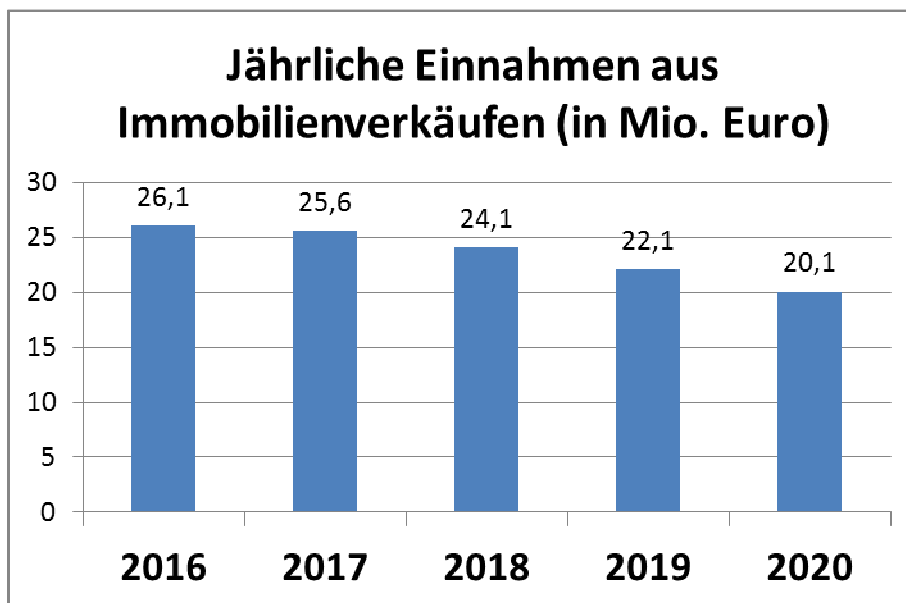
### **KEINE TRENDUMKEHR BEI „MITTELFR. FINANZPLANUNG“**

Auch die mittelfristige Finanzplanung weist eine ungebremste Neuverschuldung auf. Linz kann in den Jahren bis 2020 den ordentlichen Haushalt nicht ausgleichen und bleibt eine Abgangsgemeinde! Die ungedeckten Abgänge erhöhen sich von 34,1 Millionen Euro (2016) auf 39,7 Millionen Euro (2017), 39,6 Millionen Euro (2018), 36,9 Millionen Euro (2019) und 37,7 Millionen Euro im Jahr 2020.



Von 2016 bis 2020 wird die Stadt Linz als Abgangsgemeinde somit weitere 188,1 Millionen Euro an offenen Jahresabgänge ausweisen, die nicht über normale Darlehen finanziert werden dürfen, sondern als Kassenkredite („Kontoüberziehung“) jahrelang zwischenfinanziert werden müssen. Bis heuer haben sich bereits 97,4 Millionen Euro an solchen ungedeckten Jahresabgängen angesammelt. Bis 2020 werden sich diese Kassenkredite auf 285,5 Millionen Euro aufsummieren.

Während in den nächsten fünf Jahren die kurzfristigen Kassenkredite um 188,1 Millionen Euro zunehmen, sinken die mittel- und langfristigen Schulden aus Darlehen und Anleihen um 63,1 Millionen Euro. Womit die geplante Neuverschuldung im Budget der Stadt von 2016 bis 2020 bei 125,0 Millionen Euro liegt.



Um die Neuverschuldung auf 125,0 Millionen Euro zu begrenzen, müssen von 2016 bis 2020 Grundstücke im Wert von 118,1 Millionen Euro verkauft werden. Der reduzierten Neuverschuldung stehen somit erhöhte Vermögensveräußerungen gegenüber.

#### Kassenkredite überschreiten gesetzlichen Grenzwert

Gemäß § 58a Statut Linz dürfen die Kassenkredite ein Drittel der Einnahmen des ordentlichen Voranschlags nicht überschreiten. Dieser in der Stadtverfassung vorgesehene gesetzliche Grenzwert wird aber spätestens im Jahr 2019 – eventuell bereits im Jahr 2018 – überschritten. Die vorgelegte mittelfristige Finanzplanung widerspricht damit den gesetzlichen Vorgaben!



Die ÖVP wird daher gegen die Mittelfristige Finanzplanung der Stadt Linz stimmen.

Laut Stabilitätspakt ist 2016 das erste Jahr, in dem alle oberösterreichischen Gemeinden kumuliert ein Defizitrahmen von +/- 0 Euro erreichen müssen, d.h. in Summe ist ausgeglichen zu budgetieren. Die Stadt Linz erreicht voraussichtlich folgenden Finanzierungssaldo gemäß ESVG:

2015: -31,0 Millionen Euro

2016: -28,2 Millionen Euro.

Kann der Defizitrahmen nicht eingehalten werden, legt das Gesetz Sanktionszahlungen von 15 Prozent des Überschreibungsbetrages fest.

Selbst wenn die Stadt Linz 2016 den gesamten Defizitrahmen der öö. Gemeinden für sich in Anspruch nimmt, überschreitet die Stadt Linz den Stabilitätspakt bis 2020 weiterhin, wofür der Stadt Linz auch in Zukunft Sanktionszahlungen in Millionenhöhe drohen. Die Stadt Linz ist darauf angewiesen, dass die anderen oberösterreichischen Gemeinden oder das Land OÖ Maastricht-Überschüsse erwirtschaften und der Stadt Linz zur Verfügung stellen. Auch wenn dies in der Vergangenheit immer möglich war, so gibt es für die Zukunft keine Garantie dafür.

**ÖVP FORDERT EXTERNE FINANZÜBERWACHUNG**

Es braucht aus Sicht der ÖVP nun dringend eine Trendumkehr und eine Neuausrichtung der städtischen Finanzpolitik.

Die Zielsetzungen:

1. Keine neuen Schulden! Als eine der steuerreichsten Städte Österreichs muss Linz wieder einen ausgeglichenen Haushalt haben. Neue Schulden sind nicht die Lösung, sondern das Problem!
2. Beginnender Abbau der Altschulden! Der aufgehäufte Schuldenberg von 1,5 Milliarden Euro mit rund 30 Millionen Euro an ausgewiesenen und versteckten Zinsen raubt der Stadt bereits jetzt die finanziellen Spielräume zum Investieren. Durch die versteckten Zinsen und das aktuelle historische Zinstief ist der Leidensdruck offensichtlich nicht groß genug, dass man sich damit auseinandersetzt und Konzepte dazu präsentiert – mit dieser Vogel-Strauß-Politik muss endlich Schluss sein.
3. Zukunftstopf (Rücklage) für Entschuldung und zusätzliche Investitionen! Die angekündigten Grundstücksverkäufe in Höhe von 26,1 Millionen Euro für das Jahr 2016 und weiteren 91,9 Millionen Euro bis 2020 dürfen nicht in Budgetlöchern versickern. So auch die Einnahmen aus den städtischen Beteiligungen. Um dies zu gewährleisten, sollte aus Sicht der ÖVP eine Rücklage eingerichtet werden, aus der wiederum Zukunftsinvestitionen (nachhaltige Projekte) finanziert werden sollen. Denn

insbesondere durch eine verstärkte Investitionstätigkeit kann die noch immer schwächelnde Wirtschaft angekurbelt werden.

Um die Weichen in Richtung dieser Zielsetzungen zu stellen, soll eine kontinuierliche Finanzüberwachung (Controlling) mittels des städtischen Kontrollausschusses erfolgen. Bereits in den kommenden Sitzungen des Kontrollausschusses soll ein Konzept ausgearbeitet werden, wie dazu auch externe Expertinnen und Experten einbezogen werden sollen. Einen dementsprechenden Zusatzantrag wird die ÖVP Linz in der Budget-Gemeinderatssitzung am Donnerstag stellen. Die ÖVP wird ihr Stimmverhalten zum Voranschlag 2016 von der Frage abhängig machen, ob die Rathausmehrheit auf diese wichtige Weichenstellung einschwenkt. Sollten SPÖ und FPÖ dazu nicht bereit sein, so steht eine weitreichende Ablehnung der ÖVP beim Voranschlag an.